

Leitl fordert mehr Wettbewerb unter den Schulen

Die Wirtschaft brauche bessere Bildung für den Nachwuchs – und die gäbe es nur in Schulen, die von ideologischem und bürokratischem Ballast befreit würden, sagt der Präsident der Wirtschaftskammer.

Conrad Seidl

Wien – Im Erdgeschoß des Verwaltungsgebäudes der Wirtschaftskammer Österreich findet gerade die „Kinder Business Week“ statt, die Kindern zwischen acht und 14 Jahren ökonomisches Verständnis nahebringen soll. Hoch darüber, im zehnten Stock, sitzt Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl und versucht, im Gespräch mit dem STANDARD einen theoretischen Überbau zu liefern.

Bildung, sagt er fast so leidenschaftlich wie bei seinen Ausführungen über die „tollen Betriebe“, die er zu vertreten hat, sei ihm das größte Anliegen; die ideologischen Grabenkämpfe abzuschaffen die größte Aufgabe für die Regierung.

Spricht sich der Kammerpräsident und Chef des ÖVP-Wirtschaftsbundes also für die Gesamtschule aus?

„Wir brauchen eine grundsätzliche Veränderung in der Herangehensweise – weg von den Kategorien, weg von den Fragen des Dienst- und Besoldungsrechts der Lehrer und hin zu den Talenten der jungen Men-

schen. Das muss das einzige Ziel sein. Wir brauchen eine begabungsdifferenzierte Schule, die die Stärken fördert und bei den Schwächen so weit hilft, dass man ein Minimum erreicht. Heute kann man mit lauter ‚sehr gut‘ und einem ‚nicht genügend‘ aus dem System herausfliegen“, sagt Leitl.

Und erzählt von seiner Schulzeit: „Ich habe 90 Prozent meiner Kraft gebraucht, um durchzukommen, und nur zehn Prozent für meine wirklichen Interessen und Begabungen aufwenden können. Ich kann heute noch den Schrägriss von der Kugel samt Schlag Schatten 45 Grad – mit dem Nachteil, dass ich das seit dem Verlassen des Schulgebäudes nicht mehr gebraucht habe. Für Sprachen, die ich viel mehr gebraucht hätte, habe ich dann zu wenig Zeit gehabt. Inzwischen schicken sich meine Enkel an, in ein im Wesentlichen unverändertes Schulsystem einzutreten.“

Noch einmal: Wäre eine einheitliche Schule mit entsprechender persönlicher Förderung die Lösung? Leitl: „Einheit ist sehr gefährlich. Keinen Einheitsbrei! Sondern eine gemeinsame Schule mit Begabungsdifferenzierung.“ Wenn die Neue Mittelschule so umgesetzt werde, wie das die Sozialpartner wollen, wäre das aus seiner Sicht in Ordnung.

Dazu müssten verbindliche Bildungsziele festgelegt werden – darüber hinaus müsse es im Sinn der Schulautonomie aber einen Wettbewerb unter den Schulen geben: „Ein Direktor muss sein eigenes Team zusammenstellen können, wenn er die Standards übererfüllt, soll auch eine



Klagt über ein verkrustetes Bildungssystem und über eine Steuerprogression, die den Arbeitnehmern zu wenig Geld lässt – was beides der Wirtschaft schadet: Kammerpräsident Christoph Leitl. Foto: Heribert Corn

Bonifikation erfolgen. Da muss man die Schulen aus dem bürokratischen Korsett herauslösen.“ In Finnland komme von vier ins Bildungssystem gesteckten Euros drei bei den Schülern an, in Österreich verbräuche die Schulbürokratie beinahe zwei der vier Euros.

Leseschwäche – ein Skandal

Natürlich gehe es dabei auch um Rahmenbedingungen. Leitl nennt ein zweites Vorschuljahr als wichtig für die Sprachkompetenz, weil sich „nicht nur Kinder mit Migrationshintergrund mit der Sprache schwertun. Die sind von vornherein dazu verurteilt, dem Unterricht nicht folgen zu können. Zehn Prozent eines Geburtsjahrganges fallen aus dem System, weil sie die Pflichtschule nicht abgeschlossen haben. Das sind pro Jahr etwa 9000 junge Menschen. Wenn ich noch die

dazurechne, die trotz Abschlusses nicht sinnerfassend lesen können, komme ich auf 20 Prozent. Ein Fünftel – ein Skandal.“

Leitl lobt die Regierung dafür, dass sie allen jungen Menschen bis 18 eine Bildungsverpflichtung auferlegen will – und wundert sich selbst, dass die Regierung in ihrem Eigenmarketing nicht besser ist. Aber das sei deren Sache.

Auf die Frage des STANDARD, ob ihm denn egal sei, dass sich die Koalition in eine unergiebigste Steuerreformdiskussion verstrickt, wird Leitl fast emotional: „Das ist mir überhaupt nicht wurscht. Dass wir im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen großzügig waren, zeigt die Entwicklung der österreichischen Arbeitskosten im internationalen Vergleich. Dass bei den Leuten viel zu wenig davon angekommen ist, durch eine übermäßig hohe

Progression, steht außer Frage. Erstmals ist im vergangenen Jahr der Konsum rückläufig gewesen. Das ist für mich ein Alarmsignal. Man muss alles tun, um die Kaufkraft zu stärken – den Leuten ist wurscht, was man 2015 oder 2016 tun kann. Sie fragen zu Recht: Was könnt ihr jetzt tun?“

Steuerbegünstigte Prämie

Leitls Anregung, die noch im Herbst in Kraft gesetzt werden könnte: Wenn erfolgreiche Unternehmen ihren Mitarbeitern eine Prämie zahlen, so sollten von 1000 Euro auch wirklich (ohne Wirkung der Progression) 750 Euro beim Mitarbeiter ankommen. Für den Staat wäre das kein Verlust, denn die Besteuerung eines im Unternehmen verbliebenen Gewinns im Wege der Körperschaftsteuer würde auch nur 25 Prozent bringen.

SCHWERPUNKT
Effizienz im System der Bildung

Rechnungshof will Lehrerausbildung konzentrieren

Wien – Der Rechnungshof (RH) empfiehlt die Prüfung der „Effektivität der derzeitigen Standorte der pädagogischen Hochschulen (PH)“ und eine weitere Konzentration der Einrichtungen. Außerdem bemängeln die Prüfer in einem am Mittwoch veröffentlichten Bericht erneut, dass die Lehrerfortbildung zu selten in der unterrichtsfreien Zeit stattfindet.

Kritik übte der RH auch an der Umsetzung der neuen Lehrerausbildung: Zwar seien damit wichtige Punkte wie etwa eine gleichwertige pädagogische Ausbildung für Lehrer aller Schulstufen sowie Eignungs- und Aufnahmeverfahren für ein Lehramtsstudium umgesetzt worden. Allerdings seien „die Parallelstrukturen in der Lehrerausbildung zwischen PH und Universitäten nach wie vor gegeben“. Auch die Ressortzuständigkeiten zwischen Bildungs- und Wissenschaftsministerium seien unverändert geblieben.

Die derzeit 14 PHs entstanden durch eine Zusammenlegung von 51 öffentlichen und privaten Institutionen der Aus-, Fort- und Weiterbildung für Lehrer. Für seinen Bericht überprüfte der RH alle öffentlichen PHs und insbesondere die PHs Tirol und Wien. An der PH Tirol waren es 16.502 Euro, an der PH Wien nur 10.436. Die Prüfer empfehlen größere Bildungseinrichtungen, die effizienter geführt werden können. (APA)

Schwierige Jobsuche für Junglehrer

Im Vergleich zum Vorjahr waren im Juni 2014 dreißig Prozent mehr Lehrer arbeitslos

Lisa Aigner

Wien – Die Zukunft von Andrea Huber* schien klar: Nach der Ausbildung zur Volksschullehrerin an der Pädagogischen Hochschule (PH) Oberösterreich nach Wien ziehen und dort als Lehrerin arbeiten. Angesichts der Berichte über Lehrermangel in der Hauptstadt und Infos an der PH, wonach in Wien „immer“ Lehrer gesucht werden, war sie sicher, einen Job zu finden. Huber hat die Ausbildung im Juni 2014 abgeschlossen, rund zwei Monate vor Schulbeginn hat sie noch keine Stelle.

Was sich schon im letzten Jahr abgezeichnet hat, wird jetzt klarer: Lehrermangel ist in Österreich kaum noch ein Problem. Im Juni 2014 waren sogar 2000 Lehrer arbeitslos, das sind um 30 Prozent mehr 2013. Zum Vergleich: Insgesamt ist die Arbeitslosigkeit in diesem Zeitraum in Österreich um 16 Prozent gestiegen.

Wie viele Lehrereinstellungen es im kommenden Schuljahr tatsächlich geben wird, wird erst im September feststehen. Ein STANDARD-Rundruf bei mehreren Landesschulräten hat ergeben, dass es nur in einigen wenigen Fächern Probleme geben dürfte, Stellen zu besetzen. In Wien haben sich für die allgemeinen höheren Schulen und die höheren berufsbildenden Schulen bisher 2000 Personen beworben, aufgenommen werden

können vermutlich an den AHS nur 170, an den BMHS 104. „Einen Mangel gibt es am ehesten in den Naturwissenschaften, etwa in Physik oder Mathematik“, sagt Reinhard Gruden, Abteilungsleiter für Personalmanagement im Stadtschulrat Wien. An den Pflichtschulen ist das Bild ähnlich: Für 470 neue Stellen haben sich 1200 Bewerber beworben.

Auch in Oberösterreich ist die Lage für angehende Volksschullehrer nicht rosig. „Bewerber müssen mindestens ein Jahr warten, bis sie eine Stelle finden“, sagt eine Sprecherin des Landesschulrates. Bedarf gebe es derzeit im

Pflichtschulbereich nur an Sonderschulpädagogen. An den berufsbildenden Schulen werden Lehrer für Fächer wie Mechatronik und Maschinenbau gesucht.

Der Grund dafür, dass es genügend Lehrer gibt, liegt vor allem auf dem Land an den sinkenden Schülerzahlen. In Kärnten werden es 700 Schüler pro Jahr weniger, berichtet Landesschulratspräsident Rudolf Altersberger. Außerdem arbeiten Lehrer länger und gehen später in Pension, sagt die Sprecherin des Landesschulrates in Oberösterreich.

Aus dem Unterrichtsministerium heißt es auf Nachfrage des STANDARD, dass Lehrermangel und Lehrerüberschuss regional und fächerbezogen variieren. Eine „massive“ Entwicklung in die eine oder andere Richtung sei aber nicht zu erwarten. Durch die neue Lehrerausbildung sei es künftig möglich, Engpässe besser auszugleichen und flexibler reagieren zu können.

Volksschullehrerin Huber ist verunsichert. „Es gibt total viele Gerüchte, aber keine fixen Informationen“, klagt sie. Von ihrer PH fühlt sie sich falsch informiert. Dort hätten Mitarbeiter bei der Sponson und bei einer Infoveranstaltung gesagt, dass es in Wien Jobs gebe. An der PH bestreitet man das: „Wir machen gar keine Angaben über Stellen, das können wir gar nicht.“ **Kommentar S. 24**
*Name auf Wunsch geändert



Mit einem Lehrermangel ist derzeit nicht zu rechnen. F.: dpa/Plouf

KURZ GEMELDET

Dollfuß-Bild im VP-Klub bekommt Infotafel

Wien – Der Diktator darf bleiben, bekommt aber ein Etikett: Die ÖVP will dem Porträt von Engelbert Dollfuß in ihrem Parlamentsklub noch im Sommer eine Infotafel verpassen. Den Text wird der parteinahe Historiker Helmut Wohnout formulieren, Klubchef Reinhold Lopatka kündigt eine „differenzierte Sichtweise“ an: Dollfuß habe bis zuletzt an Österreich geglaubt, aber auch Parlament und Verfassung ausgehebelt. (APA)

Unabhängige im Vorstand der Beamten-Gewerkschaft

Wien – Eine großkoalitionäre Bastion wird durchlöchert: Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat den Unabhängigen Gewerkschaftern einen Sitz im Vorstand der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) zugesprochen. Bisher saßen dort nur Christgewerkschafter und Sozialdemokraten. (APA)

Viele Wähler blieben bei der Europawahl treu

Wien – Das Gros der Wähler hat bei der Europawahl die gleiche Partei gewählt wie bei der Nationalratswahl, ergab eine Online-Umfrage der Gesellschaft für Europapolitik und der Nationalen Wahlstudie an der Uni Wien. Ausreißer waren die Neos-Wähler, die nur zu 43 Prozent auch bei der Nationalratswahl Pink wählten. Bei den anderen Parteien liegt die Quote bei zwei Dritteln und mehr. (APA)